

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Konstantin von Notz, Tabea Rößner, Özcan Mutlu, Renate Künast, Luise Amtsberg, Volker Beck (Köln), Kai Gehring, Katja Keul, Monika Lazar, Irene Mihalic, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Weiteres Vorgehen der Bundesregierung nach Vorlage des Berichts der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu Open Educational Resources im Januar 2015

Ende Januar 2015 hat eine Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Länder und des Bundes einen Bericht zu Open Educational Resources (OER) vorgelegt (vgl. www.bildungsserver.de/db/mlesen.html?Id=55471), in dem Position bezogen wird zur Frage der Nutzbarkeit von OER in Lehr- und Lernprozessen sowie zu Maßnahmen und Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer entsprechenden pädagogischen und technischen Infrastruktur.

In der Öffentlichkeit wurde der Bericht grundsätzlich positiv aufgenommen. So begrüßt beispielsweise das Bündnis Freie Bildung, eine Vereinigung von Organisationen und Personen, die die Idee freier und offener Lehr- und Lernmaterialien fördert, in seiner Stellungnahme insbesondere den angesprochenen Aspekt, Chancen bei der Nutzung und Erstellung freier Inhalte weiter auszubauen und die Öffentlichkeit für das Themenfeld OER zu sensibilisieren. Allerdings wird zugleich auch kritisch angemerkt, dass der im Bericht aufgenommene Vorschlag, eigene OER-Lizenz zu entwickeln, zu einer rechtlichen Inselösung führen und die internationale Anschlussfähigkeit einschränken könnte (vgl. www.buendnis-freie-bildung.de/stellungnahme-des-buendnis-freie-bildung-zum-bericht-der-arbeitsgruppe-aus-vertreterinnen-und-vertretern-der-laender-und-des-bundes-zu-open-educational-resources-oer/).

Von der Transferstelle für OER wurde das Papier in einem bearbeitbaren Format ins Internet gestellt, um eine öffentliche Diskussion über die Inhalte zu ermöglichen (vgl. www.open-educational-resources.de/2015/03/19/diskussion-zu-bund-laender-papier-zu-oer). Auf dieser Seite sind weitere Anmerkungen zu den entwickelten Positionen zu finden.

Unklar ist unter anderem, wie das weitere Verfahren zur konkreten Umsetzung der in dem Bericht unterbreiteten Vorschläge ausgestaltet werden soll und wie diese Vorhaben, beispielsweise zur Schaffung spezifischer OER-Lizenzen, mit anderen Vorhaben der Bundesregierung korrespondieren.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. In welchem Zusammenhang steht der vorgelegte Bericht der Arbeitsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern der Länder und des Bundes zu OER zu der von der Bundesregierung angekündigten „Strategie Digitales Lernen“?

2. Inwieweit korrespondiert der vorgelegte Bericht mit den von der Bundesregierung in der vorgelegten „Digitalen Agenda“ angekündigten Vorhaben?
3. Inwieweit berücksichtigt der vorgelegte Bericht die Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des 17. Deutschen Bundestages, vor allem die der Projektgruppe „Bildung und Forschung“ zur verbesserten Förderung und einem verstärkten Einsatz von OER auf?
4. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Kritik des Bündnis Freie Bildung (BFB) an dem Vorschlag, spezifische OER-Lizenzen zu entwickeln?
5. Welche Alternativen zu spezifischen OER-Lizenzen sind der Bundesregierung bekannt, und was spricht aus Sicht der Bundesregierung für oder gegen diese Alternativen?
6. Warum reicht es nach Ansicht der Bundesregierung nicht aus, die in der weltweit verbreiteten OER-Lizenz „Creative Commons“ erkannten Schwächen durch Interpretationshilfen und Handlungsanweisungen zu beheben?
7. Was ist konkret mit dem Hinweis im Bericht gemeint, dass die öffentliche Hand bei der Entwicklung von Geschäftsmodellen zu OER strikte Neutralität zu wahren hat?
8. Plädiert die Bundesregierung eher für die Entwicklung einer neuen Plattform im Internet oder für die Unterstützung bereits bestehender Plattformen, um Verweise auf OER und gegebenenfalls auch Materialien zur Verfügung zu stellen?
Wie begründet die Bundesregierung ihre bisherige Positionierung?
9. Für welche Bildungsbereiche können OER aus Sicht der Bundesregierung zum Lehren und Lernen relevant sein?
Ist mit dem im Bericht genannten „lebenslangen Lernen“ auch die berufliche und individuelle Weiterbildung angesprochen?
10. Warum wird im Bericht nicht vorgeschlagen, öffentliche Einrichtungen dazu zu verpflichten, ihre Produkte unter eine OER-Lizenz zu stellen, sondern lediglich eine Anregung formuliert?
Was könnte aus Sicht der Bundesregierung gegen eine entsprechende Verpflichtung sprechen?
11. Aus welchem Grund wird bei der vorgeschlagenen Informations- und Koordinierungsstelle zu OER im Bericht der Hochschulbereich ausgespart?
12. Welche finanziellen Mittel wird die Bundesregierung in diesem Jahr für welche Maßnahmen zur Unterstützung und Verbreitung von OER zur Verfügung stellen?
13. Inwieweit teilt die Bundesregierung die bis dato erfolgten öffentlichen Aktivitäten im Bereich OER im Vergleich zu den erfolgten Aktivitäten in anderen Ländern für ausreichend, und welche Konsequenzen zieht sie daraus?
14. Welche Position hat die Bundesregierung auf der Ebene der EU zu Aktivitäten zu OER bezogen, und welche weiteren Impulse sind hier geplant?
15. Welche weiteren Maßnahmen – über die im Bericht genannten hinaus – plant die Bundesregierung, um OER in ihrem Kompetenzbereich der außerschulischen Bildung zu unterstützen?
16. Welche weiteren Maßnahmen – über die im Bericht genannten hinaus – plant die Bundesregierung, um OER in ihrem Kompetenzbereich der Weiterbildung zu unterstützen?

17. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wie z. B. vom BFB formuliert (vgl. Positionspapier, siehe Vorbemerkung der Fragesteller), dass OER an die obligatorische Nutzung freier und offener Formate sowie an Freie und Open-Source-Software zu koppeln ist?

Wenn nein, warum nicht?

18. Plant die Bundesregierung eine OER-Regelung, die es Lehrenden ermöglichen würde, ihre Materialien unter einer offenen Lizenz zu veröffentlichen?
19. Erwägt die Bundesregierung die Einführung einer obligatorischen OER-Klausel für zukünftige Ausschreibungen und Fördermittel im Bereich der Schulbildung, Erwachsenen- und Weiterbildung, Lehre und Forschung, wie es im Bereich der wissenschaftlichen Projekte mit Open Access bereits zum Teil realisiert wird?

Berlin, den 9. Juni 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

